

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Neudruck Dresden.
Verlags- und Drucknummer 25 241.
Für den Verlagsbesitzer: 20011.

Bezugs- und Anzeigen-Preise. In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 7,50 M., vierteljährlich 22,50 M., halbjährlich 42 M., jährlich 81 M. Bei Familienansetzen, Anzeigen unter 10 Zeilen u. Wohnungsanzeigen, 10p. Zeile 25%. Vorzugspreise sind für 10p. Zeile 25% ermäßigt. Einzelnummern 40 Pf.

Schriftleitung und Hauptverlagsstelle: Herzogstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Neudruck & Neudruck in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unersuchte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Dauerbrand-Öfen
in reicher Auswahl zu billigsten Preisen — Bewährte Fabrikate
Siedelungs-Öfen
Florian Czöckert's Nachfolger Ferdinand Wiesner
Dresden-A., Töpferstraße 9, 13, 15

14 Stühle
Königsdielen
14 Stühle
Vornehmes Restaurant

Kronen Lampen
Antiquitäten
Kretzschmar, Bösenberg & Co.
5 Serrestraße 5 (Nähe Pirnaischer Platz)

Amerika und die Industrieanleihe.

Die Verhandlungen mit den amerikanischen Finanzvertretern.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
Berlin, 8. Okt. Weitem sind fünf amerikanische Finanzvertreter in Berlin eingetroffen, um mit Vertretern der deutschen Industrie über eine amerikanische Anleihe zu verhandeln. Es ist dies die vierte amerikanische Finanzgruppe, mit der Verhandlungen schweben. Jeder muß hervorgehoben werden, daß die großen New Yorker Banken bei den bisherigen Verhandlungen nicht vertreten sind, so daß es noch fraglich ist, ob die großen amerikanischen Bankkongresse, auf deren Mitarbeit es in erster Linie ankommt, die Mediation mitmachen werden.

Wie von mehreren Teilnehmern der gestern im „Maffelhof“ in Berlin stattgefundenen Konferenz mitgeteilt wird, sind die amerikanischen Vertreter zu keinem Abschluß einer Anleihe an die deutsche Industrie erkrankt, sondern nur zu vorbereitenden Erörterungen. Immerhin aber haben die geistlichen Besprechungen einen sehr günstigen Ausgang genommen und die Möglichkeit der Amerikaner zum Abschluß abwärts, für die Gewährung größerer Kredite an die deutsche Industrie einzutreten.

Die Landwirtschaft und die Industrieanleihe.

Berlin, 8. Oktober. Einem Vertreter der „V. J.“ wurde von dem Leiter der Landwirtschaftlichen Seite über die Beteiligung der Landwirtschaft an der Ausbringung von Auslandskrediten für das Reich erklärt: In der Frage der Devisenbeschaffung für das Reich müsse man zwei Wege unterscheiden: 1. Die Erziehung an für Deutschland erforderlichen Devisen. 2. Die Beschaffung der für das Reich notwendigen Devisen durch Export und Kredit. Die Erziehung an für Deutschland erforderlichen Devisen könne, abgesehen von den Vorkäufen für die Entente, nur dadurch geschehen, daß wir durch Abwertung der inländischen Produktion nur möglichst wenig Devisen für den Export benötigen. Die Landwirtschaft produziere nicht für das Ausland, sondern nur für das Inland. Anfolgendes könne die Landwirtschaft durch Export keine Devisen beschaffen. Sie kann lediglich durch Steigerung der Produktion dafür sorgen, daß möglichst wenig Devisen für die Nahrungsmittelbeschaffung erforderlich sind. Voraussetzung dafür sei, daß der Landwirtschaft die Mittel für einen intensiven Betrieb bleiben. Weiter dürfen auch keine Devisen dadurch verwendet werden, daß wir Luxusartikel einführen. Das gesamte deutsche Volk müsse mehr arbeiten und weniger Bedürfnisse zeigen, als vor dem Kriege. Hierdurch, sowie durch vertrauensvolle Zusammenarbeit der Kulturvölker wird es dann auch möglich sein, die deutsche Balance zu bessern. Die Devisenbeschaffung durch die Industrie, sei es durch Export oder durch Veräußerung ausländischer oder inländischer Wertpapiere, könne nur von vorübergehender Bedeutung sein. Vor allen Dingen dürfe hierdurch keine

Soover über die Hebung des Marktkurses.

London, 8. Okt. Einer neuer Meldung zufolge sagte Hoover auf dem Festmahle der amerikanischen Export Manufacturers Association, die amerikanische Industrie befindet sich im ersten Stadium ihrer Erholung, da die Zeit leichter Kredite eingetreten sei; doch betonte Hoover, die Vereinigten Staaten hätten noch einen weiten Weg zurückzulegen, um zur wirtschaftlichen Befestigung zu gelangen, aber sie befänden sich beinahe auf diesem Wege. Die zehnjährige Wirkung der wilden Schwankungen ausländischer Währungen sei das größte Hemmnis des amerikanischen Außenhandels. Solange nicht eine gewisse Stabilität zu erreichen sei, bestände wenig Hoffnung, daß der Außenhandel Amerikas oder der irgendeines anderen Landes wieder normal werde. Hoover fuhr fort: Es ist keine Stabilität in irgendwelcher europäischen Währung zu erhoffen, solange in einem beträchtlichen Teile der Welt die Inflation andauert. Wenn unsere Handelswelt nicht willens ist, ihr Interesse in irgendeiner Weise für die Länder zu betätigen, welche mit finanziellen Problemen ringen, müssen wir darauf gefaßt sein, mit Verlusten auf dem Ausfuhrmarkt und in der Beschäftigung unserer Bevölkerung tausendfach dafür zu bezahlen.“ Hoover bemerkte weiter, es sollte der menschlichen Intelligenz doch nicht zu schwer sein, eine Lösung der Frage zu finden und eine Befestigung der deutschen Mark zu herbeizuführen. Eine Regelung dieser Frage müsse zuerst stattfinden, wenn man Stabilität in irgendeinem anderen europäischen Lande sehen wolle.

Die europäischen Schulden an Amerika.

London, 8. Okt. Nach einer Meldung der „Morning Post“ aus Washington erklärte der demokratische Senatler Keller im Senat, die europäischen Nationen müßten ihre Schulden an Amerika bezahlen und müßten sofort damit beginnen. Man sollte Frankreich das Geld, damit es eine große Nation werde. England habe im letzten Jahre für seine Flotte 760 Millionen Dollars auszugeben und 300 bis 350 Millionen Dollars für den Ankauf von Petroleumprodukten in allen Teilen der Welt. Während England in diesem Zwecke Geld zur Verfügung habe, behaupte es, für die Bezahlung der Zinsen seiner Schuld an die Vereinigten Staaten nichts übrig zu haben. Statt zu zahlen, wolle England den amerikanischen Wirtschaften Konkurrenz.

Wilson fordert zum Boykott der deutschen Waren auf.

London, 8. Okt. Wie die „Times“ aus New York meldet, hielt der frühere Präsident Wilson in Chicago eine Rede, in der er jedes Abweichen vom Versailles Vertrag als Verrat an den Alliierten bezeichnet. Wilson forderte den Boykott der deutschen Waren, nicht aber auf lebhafteste Opposition der Anwesenden und mußte vorzeitig die Tribüne verlassen.

Die Gefahr der oberchlesischen Entscheidung.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
Frankfurt a. M., 8. Okt. Die „Frankf. Na.“ meldet aus Genf: Die Verhandlungen des Völkerbundesrates über Oberchlesien sind, entgegen den Meldungen der letzten Tage, noch nicht abgeschlossen, aber die Vorarbeit der Viererkommission geht ihrem Ende entgegen und es ist nach verschiedenen sehr ernstlichen Anzeichen leider mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß die in diesem letzten Stadium in Erwägung gezogenen Lösungsmöglichkeiten auf eine Teilung des Industriegebietes hinauslaufen, die nicht nur eine Vergewaltigung der in der Ablehnung zum Ausdruck gekommenen Wünsche des oberchlesischen Volkes bedeuten würde, sondern geradezu eine wirtschaftliche Katastrophe nach sich ziehen müßte. In jedem Falle erscheint die Hoffnung, daß eine für Deutschland annehmbare Entscheidung zustande kommen sollte, kaum mehr gerechtfertigt. Mit den Vertretern der oberchlesischen Arbeiterorganisationen hatte sich während der letzten Tage der Reichstagsabgeordnete Hue in Verbindung gesetzt, der auch Gelegenheit hatte, mit den Kreisen der entscheidenden Persönlichkeiten zu konferieren. Er hatte den Eindruck, daß eine für die oberchlesischen Arbeiter nachteilige Entscheidung zu befürchten sei.

Das Sachverständigengutachten dem Völkerbunde überreicht.

Genf, 7. Okt. Dem Völkerbundsrate ist seitens der Sachverständigen ein Gutachten überreicht worden, in dem die Zuteilung des Industriegebietes Katowitz-Beuthen-Schlagbütte, sowie von Pleß, Lublitz und Tarnowitz an Polen befürwortet wird. Wirtschaftlich soll dieses Gebiet unter Einbeziehung von Tschuden wirtschaftliche Autonomie erhalten und mit Deutschland Geldwährung, Verkehrsverhältnisse und Zollfreiheit behalten.

Paris, 7. Okt. Der vom Völkerbundsrate mit dem Studium der oberchlesischen Frage betraute Sachverständigenrat des Tschuden-Slowakei-Rodach ist auf Grund seines Auftrages mehrere Male zwischen Paris und Genf hin und her gefahren. Er hat sich sicherem Vertrauen nach bei der französischen Regierung Anweisungen geholt und wird sein Gutachten ganz in französisch-polnischem Sinne abfassen. (Da.)

Die letzte Auseinandersetzung.

Paris, 8. Okt. In politischen Kreisen geht das Gerücht, daß in der nächsten Woche eine Zusammenkunft zwischen dem Ministerpräsidenten Briand und Lloyd George geplant ist. In dieser Konferenz soll nicht nur die Abrüstungsfrage für Washington besprochen werden, sondern auch eine letzte Auseinandersetzung der beiden Ministerpräsidenten über die oberchlesische Frage stattfinden. Man glaubt hier zu wissen, daß eine Veröffentlichung der Resultate des Völkerbundsrates in der oberchlesischen Frage nicht eher erfolgen wird, als bis die Unterredung zwischen dem französischen und englischen Ministerpräsidenten stattgefunden hat. Als dritter Punkt der Verhandlungen der beiden Ministerpräsidenten wird die Frage der Schädigung der englischen und französischen Interessen durch das in die Hände der deutschen Balance genannt. (Mid. Tel.)

Neue Erpressungen an Stelle der militärischen Sanktionen.

Paris, 8. Okt. Der vom „Antragskammern“ nach Wiesbaden ersandte Sonderberichterstatter will wissen, die militärischen Sanktionen würden tatsächlich aufgehoben werden, sobald Deutschland die in der Note des Generals Klotz gestellten Forderungen erfüllt hat. Es sei wahrscheinlich, daß Frankreich in der nächsten Sitzung des Völkerbundsrates, der noch im Oktober zusammenzutreten werde, um die Entscheidung über Oberchlesien zu fällen, gewisse Gegenforderungen formulieren und den Alliierten einen Vorstoß unterbreiten werde. (M. T. 21.)

Vor schweren Arbeitslosenunruhen in Italien.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)
Mail, 8. Okt. Der römische Vertreter der „Boicler Nationalität“ meldet: In Mailand nehme die Arbeitslosigkeit in einem erschreckenden Maße zu und es liegen Anzeichen vor, daß sie sich in kurzer Zeit in einemurchbaren Ausmaß auf der Straße ausbreiten werde. Die Zahl der Arbeitslosen übersteigt schon 600.000 und wächst beständig weiter. In Mailand sieht es in der Lombardie, in Venetien und Toscana. Die Regierung denkt, die Krise zunächst durch zahlreiche Notstandsarbeiten zu bekämpfen und bewilligte 300 Millionen Lire.

Die bürgerliche Pflicht gegenüber der Steuerpolitik.

Ein Steuerprogramm von einem Umfang, wie es noch niemals einem Volke zugemutet worden ist, steht im Hinblick, der in kurzer Zeit seine Beratungen wieder aufnehmen wird, zur Entscheidung. Da gilt es für alle bürgerlichen Elemente ohne Unterschied der Partei, Appell zu halten, ob allgemeine Bereitschaft zur Abtragung der kommenden Kämpfe in der richtigen Art und Weise vorliegt. Das bürgerliche Pflicht- und Verantwortungsgefühl muß auf das äußerste geschärft werden, um auf solcher Grundlage die Erkenntnis aufzubauen, daß eine bürgerliche Steuerpolitik Einheitssinn das unabweisliche Gebot der Stunde ist, nachdem die Sozialdemokratie in Götting zum Ziele gelangt hat. Jeden Widerstand gegen die zur Behebung der deutschen Finanzen erforderlichen Maßnahmen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu überwinden. Was soll denn das heißen? Doch nichts anderes, als daß die Sozialdemokratie ihr Steuerverfordern die Besteuerung der Sachwerte und überhaupt des Vermögens bis zum Höchstmaß, mit Härtsmaßregeln ritten und die Bürgerlichen zwingen will, sich dieser insofern unpopulären „Verbindungsmaßnahmen“ bedingungslos zu unterwerfen. Wegen einer solchen Vergewaltigung muß der entschlossene bürgerliche Abwehrwille ins Gefecht geführt werden. Die bürgerlichen Steuerpolitiker wollen eine wirkliche Behebung der deutschen Finanzen, die aber niemals auf dem Grundlag beruhen kann, daß wir das Londoner Ultimatum zu erfüllen vermögen, weil wir dazu schlechterdings nicht imstande sind. Eine vernünftige Steuerpolitik darf nicht, wie das die Methode der Erklärungsanimator tut, die Frage stellen: „Was muß der deutsche Steuerzahler leisten, damit für das Ultimatum alles herausgeholt werden kann?“, sondern es muß unterstellt werden: „Was kann der deutsche Steuerzahler leisten, ohne sich selbst und die nationale Wirtschaft zu ruinieren?“, und wenn sich dann herausstellt, daß dabei die ungeheuerlichen Erpressungsforderungen des Ultimatum zu kurz kommen, so muß eine gewissenhafte auf das Wohl der ganzen Nation bedachte Regierung daraus die Folgerung ziehen, daß sie der Entente ungewissenhaft erfüllt: „Das Ultimatum ist unerfüllbar. Ihr müßt ein anderes System der Reparation schaffen, das der deutschen Leistungsfähigkeit angepaßt ist.“ Von diesem Standpunkte aus ist es selbstverständlich, daß kein einsichtiger bürgerlicher Politiker sich an dem von sozialdemokratischer Seite propagierten Wüten gegen den Besitz beteiligen kann. Gewiß wird man auch von bürgerlicher Seite runderum zugeben müssen, daß es die unerlässliche Pflicht des Bürgers ist, nach äußerem Vermögen sich an den Lasten der Allgemeinheit zu beteiligen. Die finanziellen Maßnahmen gegen den Besitz, mögen sie nun Besitzsteuer oder Sachwertsteuer oder wie sonst immer genannt werden, dürfen aber im Interesse der Aufrechterhaltung der lebendigen wirtschaftlichen Kräfte der Nation keinesfalls so übertrieben werden, daß sie in einem beschränkten Ausmaß, wo gerade die Steigerung der produktiven Kraft auf der ganzen Linie die einzige Möglichkeit zu unserer Wiederaufbauung darstellt, die Substanz der nationalen Werte zerstören und dadurch eine Verminderung der Produktionskraft herbeiführen. Die Erhaltung des notwendigen Betriebskapitals in Industrie und Landwirtschaft ist auch eine unmittelbare Lebensfrage für die Arbeiterklasse. Wenn infolge mangelnder Kapitalkraft die Betriebe zurückfallen und in Industrie und Landwirtschaft die Unternehmungskosten gelahmt wird, wenn die Fabriken feiern und die Felder brach liegen müssen, so sind auf Seiten der Arbeiterklasse Erwerbslosigkeit und Verarmung die Folge. Warum hört man in der sozialdemokratischen Steueragitation niemals etwas über diese Seite der Frage? Das ist, im Grunde genommen, genau derselbe Geist der Vernachlässigung der wahren Arbeiterinteressen aus opportunistischen Gründen, den für den Bolschewismus in Rußland so bezeichnend ist. Um so nachdrücklicher muß von bürgerlicher Seite betont werden, in wie engem Zusammenhange die Erhaltung der körperlichen Kräfte des Unternehmertums mit dem Wohlergehen der Arbeiterklasse steht.

Mit voller Einnütigkeit muß von bürgerlicher Seite erklärt werden, daß mit den neuen Steuerlasten unter allen Umständen die Höchstgrenze erreicht ist und daß weitere Steuern dem deutschen Volke keinesfalls aufgebürdet werden können. Soweit die einzelnen Steuern des Programms in Frage kommen, wird man kaum sagen dürfen, daß sie bei parlamentarischen Durchberatung erträglich zu machen seien; denn der Charakter von schwer drückenden Steuern wird ihnen durch kein Zeilen und Vermitteln zu nehmen sein. Es kann sich nur darum handeln, sie wenigstens der direkt tödlichen Wirkung zu entziehen, und darauf wird sich eine gründliche Prüfung in den Ausschüssen, insbesondere auch bei der Umfahrungen, zu richten haben. Von einem Tempo der Beratungen, das irgendwie einen Turndauerspiel dieses so tief in das wirtschaftliche Leben sowohl des einzelnen wie des ganzen Volkes einschneidenden Maßnahmen abzuheben könnte, darf nirgends die Rede sein. Den härtesten Kampf gilt es gegen die Besteuerung der Sachwerte zu führen. Dabei kann sich die bürgerliche Opposition auf eine bemerkenswerte Unterstützung ihres Standpunktes durch eine sozialdemokratische wirtschaftspolitische Autorität